

Die Notlage der Postbediensteten.

Gestern nachmittag fand im Saale „zum grünen Tor“ in der Lerchenfelderstraße eine Versammlung der Postbediensteten mit der Tagesordnung: „Die Forderungen der Postbediensteten“ statt. Den Vorsitz führte der Postunterbeamte Kraffer. Vom Staatsangestelltenauschuß des Abgeordnetenhauses waren die Abgeordneten Förstner, Dr. Waber und Dr. Mataja erschienen. Den Bericht erstattete der Präsident des Reichsvereines der Postangestellten Jockl. Er führte aus:

Nach zwei Richtungen erstrecken sich die Forderungen der Postangestellten: bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Gewährung einer ausreichenden Teuerungszulage. Die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln ist nicht allein zurückzuführen auf die geringen Vorräte, die wir haben, sondern auch darauf, daß seit Kriegsbeginn ein großer Teil dieser Vorräte dem öffentlichen Markte entzogen wurde. Immer schlechter gestaltet sich die Verpflegung, immer schlimmer wird die Lage der Festangestellten, die ihre Arbeitskraft nicht so verwerten können wie der freie Arbeiter. Im Februar erhielten wir noch 12 Dekagramm Fett für den Kopf und die Woche, jetzt erhalten wir nur noch 3 Dekagramm. Dazu steigen noch immer die Preise der Lebensmittel. In der Provinz sind die Verhältnisse oft noch schlechter. In Dalmatien kostet ein Kilogramm Kartoffeln 5 bis 6 Kronen, Kraut 5 Kronen, 10 bis 12 Gramm Milch 2 bis 250 Kronen. Aber auch in Wien zeigt sich unter den Postbediensteten schon eine schreckliche Unterernährung. Als Folge davon erkranken viele, müssen vom Dienste fernbleiben und die übrigen müssen auch den Dienst der Kranken versehen. Zahlreich sind die Ohnmachtsanfälle, die nach dem Nachtdienst auftreten. In den Dienstvorschriften heißt es, daß wir das Ansehen des Standes wahren sollen. Dieses Ansehen wird aber herabgesetzt durch die immer häufiger werdenden Diebstähle von Postpaketen, die aus Ungesetzlichem geschehen. Wir haben diese Zustände wiederholt dem Reichsanwalt Gallenfeld im Handelsministerium und dem Ernährungsminister geschildert, aber keine Hilfe erhalten. Wir müssen zum mindesten als Schwerarbeiter bei der Beteiligung mit Lebensmitteln angesehen werden.

In Bezug auf die Teuerungszulagen fordern wir, daß sie allen Staatsangestellten in der gleichen Höhe gewährt und daß nicht Abstriche nach dem Gehalt gemacht werden. Wir haben schon am 15. Oktober unsere Forderungen dem Unterausschuß des Staatsangestelltenauschusses dahin bekanntgegeben, daß wir 1500 Kronen für Ledige, für Verheiratete 1600 Kronen und für jedes Kind 200 Kronen Teuerungszulage verlangen. Der Anschaffungsbeitrag für Schuhe und Kleider hätte uns schon vor zwei Jahren, wo noch etwas da war, gewährt werden sollen. Entschieden wende ich mich gegen die Anträge der Abgeordneten Hummer und Teufel, daß der Grundgehalt um 25 Prozent erhöht werde, weil der Grundgehalt bei den Staatsdienern ein sehr niedriger ist. Wir fordern auch, daß man uns endlich Alterszulagen gibt und die Dienstzeit verkürzt. Die allerwenigsten können eine vierzigjährige Dienstzeit erreichen. Die qualvollen Kriegsjahre müssen in die Gehaltsstufe und in die Pension doppelt eingerechnet werden. (Lebhafter Beifall.)

Es wurde nun folgende

Resolution

einstimmig angenommen:

Die heute tagende Versammlung der Postdienerschaft Wiens fordert, entsprechend ihren Dienstleistungen, bei der Bemessung der Lebensmittel die Einteilung zu den Schwerarbeitern.

Sie fordert im Einverständnis mit allen übrigen Kategorien und Organisationen der Staatsdienerschaft Oesterreichs, daß zur Binderung der augenblicklichen Not ein einmaliger Anschaffungsbeitrag und eine Erhöhung der Teuerungszulagen in dem Maße durchgeführt wird, wie sie am 15. Oktober dem Staatsangestelltenauschuß von der gesamten Staatsdienerschaft und den Staatsbeamten angegeben wurde.

Entschieden legt die Versammlung gegen die Regelung ihrer Bezüge in der Form einer fünf und zwanzigprozentigen Erhöhung des Grundgehaltes Verwahrung ein, weil eine solche Regelung unsozial wäre und den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nicht entspricht. Sie fordert dagegen, daß bei der Regelung der Bezüge jene Gesetzesvorlagen zur Durchführung gelangen, die der Arbeitsauschuß sämtlicher Staatsangestelltenorganisationen dem Abgeordnetenhaus übermittelte.

Die Postdienerschaft Wiens weiß sich eines Sinnes mit der gesamten Staatsdienerschaft Oesterreichs und wird zur Bervirklichung ihrer Forderungen alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden.

In der Debatte sprachen der Obmann des Staatsdienervereines Doppler, der darauf verwies, daß die Staatsbediensteten lange genug ihre Forderungen zurückgestellt haben. Nun gehe es nicht länger. Raschestens müsse der Anschaffungsbeitrag gewährt werden, wenn nicht die größten Gefahren für die Gesundheit der Staatsbediensteten bei mangelhafter Bekleidung und zunehmender Kälte hereinbrechen sollen.

Abgeordneter Dr. Waber erklärte, daß der Staatsangestelltenauschuß gegen die Anträge Hummer und Teufel Stellung genommen habe. Diese seien nun dem Ausschuss zur Beratung zugewiesen worden. Er hoffe, daß diese Beratungen in den nächsten Tagen schon zu einem für die Staatsbediensteten günstigen Ergebnis führen werden.

Abgeordneter Förstner führte aus, daß im Staatsangestelltenauschuß alle ohne Unterschied der Partei darin einige seien, daß den Staatsangestellten raschestens geholfen werden müsse. Wenn wir nur das Abgeordnetenhaus hätten, wäre diese Hilfe leichter möglich. Es würde ein Gesetz beschließen und die Regierung auch zwingen können, es anzunehmen. So aber müssen alle Gesetze dem Herrenhause vorgelegt werden und dieses habe keine Volksfeindlichkeit

in den letzten Tagen zur Genüge bewiesen. Gätten wir eine wirkliche Demokratie, könnten wir auch mehr erreichen. Wenn den Offizieren gute Schuhe um 40 Kronen gegeben werden können sie auch den Staatsangestellten zu diesem Preise geben werden. Die Dienerrwitwen bekommen heute noch 484 Kronen jährlich. Witwen, deren Mann im Felde gefallen ist, zieht man die Militärversorgung ab, so daß sie nur 328 Kronen bekommen. Er ermahnte die Postbediensteten, bei ihren Forderungen so einheitlich und geschlossen vorzugehen wie die Eisenbahner. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Mataja verwies darauf, daß einzelne Kriegsgewinner aus dem Staate und der Bevölkerung so große Gewinne ziehen, daß damit die Forderungen der gesamten Staatsdienerchaft erfüllt werden könnten.

Nachdem noch einige von den Versammelten kurz das Klend der Postbediensteten besprochen hatten, erzählte Jockl in seinem Schlusswort, daß die ungarischen Staatsangestellten bereits Teuerungszulagen und Vorschüsse zum Ankauf von Stoffen erhalten haben und daß sie diese Stoffe aus der Brüner Stoffabrik beziehen. Wenn wir einig und geschlossen sind, werden auch wir dieses Ziel erreichen.